

Bildung ist ein Menschenrecht!

Am Rande der Verleihung des Heinrich-Albertz-Friedenspreises im November dieses Jahres hatte die AWO Ansicht Gelegenheit, mit der Preisträgerin Jutta Limbach ein Gespräch über demokratische Grundwerte, die Bedeutung von Bildung und die Zukunft der AWO zu führen.

Interview Peter KuleBa

Hans-Jochen Vogel hat im Rahmen der Preisverleihung zum Heinrich-Albertz-Friedenspreis von der Besonderheit des Grundgesetzes gesprochen, die eben darin bestünde, dass der Text auch eine Werteordnung umfasst und beinhaltet. Was ist damit genau gemeint?

LIMBACH Damit ist gemeint, dass die Grundrechte unseres Grundgesetzes nicht nur als Abwehrrechte des Bürgers gegen staatliche Eingriffe zu verstehen seien. Vielmehr sei der Grundrechtskatalog zugleich als eine objektive Werteordnung zu begreifen, die in alle Gebiete des Rechts ausstrahle. Auch das Privatrecht sei im Lichte der Grundrechte auszulegen. Auf diese Weise können die Grundrechte auch das Rechtsverhältnis von Bürgern untereinander beeinflussen. Durch diese Rechtsprechung wurde die Geltungskraft der Grundrechte sehr verstärkt. Das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen in Artikel 1 des Grundgesetzes hatte nicht nur großen Einfluss darauf, wie das Strafvollstreckungsrecht anzuwenden sei. Dieser oberste Leitwert unserer Verfassung hat mit dazu beigetragen, dass der Gedanke der Sozialhilfe entwickelt und schließlich das Sozialgesetzbuch geschaffen wurde.

»... dass jeder so handele, als hinge von seinem Handeln das Wohl aller ab«, hat Heinrich Albertz einmal gesagt. Was ist aber, wenn jemand mit den eigenen Lebensumständen kämpft und diese es nicht zulassen, sich um jemand anderen zu kümmern?

LIMBACH Ja, dann hat die Politik einen aktiven Staatsbürger verloren. Wir wissen nur zu gut – und das hat auch die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt Marie Juchacz klar gesehen: Die Freiheitsrechte und die sozialen Teilhaberechte bedingen einander wechselseitig. Wer kein Obdach hat und von Hunger geplagt wird, der wird seine staatsbürgerlichen Freiheitsrechte nicht nutzen können.

Das Grundgesetz spricht ja »nur« in Artikel 20: »... die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat« explizit vom Sozialstaat. Sonst ist eigentlich vom Sozialstaat explizit wirklich nicht die Rede, oder?

LIMBACH Das Prinzip des Sozialstaats begegnet uns im Grundgesetz nur in adjektivischer Form als »sozialer Bundesstaat«, worauf Sie hingewiesen haben, und als »sozialer Rechtsstaat«. Auch die Rechtsgeschichte ist unergiebig. Nur Carlo Schmid widmete diesem Verfassungsgrundsatz wenige Worte, indem er dieses aus dem Demokratieprinzip herleitete. Das Funktionieren der Demokratie hängt – wie bereits dargelegt – auch davon ab, dass die menschenwürdige Existenz der Bürger gesichert ist. Das Bundesverfassungsgericht hat die Sozialstaatsklausel im Allgemeinen zurückhaltend ausgelegt und kaum mehr gesagt, als dass der Staat für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen habe. Das Gericht wurde des Öfteren gescholten, weil es das Sozialstaatsprinzip nie präzise definiert hat. Doch was der Staat leisten kann, hängt ja – wir sehen es in der gegenwärtigen Diskussion – sehr stark davon ab, welche Mittel ihm zur Verfügung stehen, wie es etwa um das wirtschaftliche Wachstum bestellt ist. Und vor allem, so das Bundesverfassungsgericht, sei es Aufgabe des Parlaments, sich um erträgliche Lebensverhältnisse für alle zu bemühen und soziale Gegensätze zum Ausgleich zu bringen.

Angeichts der aktuellen Diskussionen um das Primat »der« Wirtschaft wird von kritischer Seite oftmals angemerkt, dass Fragen der Solidarität nur noch dann gestellt werden, wenn soziale Folgen »ausgebügelt« werden müssen, die durch einen entfesselten Kapitalismus angerichtet wurden. Ist dem so oder würden Sie das weniger dramatisch sehen?

LIMBACH Ich bin nicht sicher, ob ich Ihre Frage recht verstehe. Von der Arbeiterwohlfahrt erwarte ich, dass Fragen der Solidarität zu deren Alltag gehören und dass die AWO diese Geisteshaltung

Wir wahren die
Unabhängigkeit und Eigen-
ständigkeit unseres Verbandes;
wir gewährleisten
Transparenz und Kontrolle
unserer Arbeit.

nicht nur in Zeiten einer Krise pflegt. Die Menschen tadeln zu Recht, dass kaum mehr moralische Regulative in großen Teilen der Wirtschaft wirken, dass es tatsächlich nur noch um den Profit zu gehen scheint. Doch sollten wir von den großen Unternehmen erwarten dürfen, dass sie Fragen der Solidarität im Geiste immer mitdenken. Sicher, der Staat kann und soll keine Moral vorgeben. Aber wir haben uns doch in der Bundesrepublik auf eine soziale Marktwirtschaft in der Einsicht verständigt, dass anders der soziale Friede nicht gesichert werden kann.

In diesem Zusammenhang wird gerne auf den Artikel 14 GG zur Frage des Eigentums (»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen«) verwiesen. Wird das schlicht ignoriert von »der« Wirtschaft? Oder ist es realitätsfern, über diesen Artikel eine Allgemeinwohlverpflichtung einzufordern?

LIMBACH Nein, aus diesem Artikel lässt sich kein konkreter Anspruch gegen das Kapital oder irgendeine Aktiengesellschaft herleiten. Aber die Politik könnte ihre Leistungen davon abhängig machen, dass diesem Prinzip Tribut gezollt wird. Ich bin der Meinung, dass dieser Appell des Grundgesetzes künftig ernster genommen werden muss, sowohl von den Anteilseignern des Kapitals als auch von den Unternehmern und den Managern. Es hat viel zu lange gedauert, bis irgendjemand angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise auf diesen Grundrechtsabsatz des Artikels 14 aufmerksam gemacht hat.

Die weltweite Vernetzung von Märkten in den vergangenen 30, 40 Jahren wird man nicht mehr ändern können. Der Nationalstaat ist dadurch unter

Druck geraten. Aber auch, weil die Sozialleistungen immer noch in den Nationalstaaten geregelt werden. Ist dieser Druck inzwischen so groß, dass der Staat, seine Politik und das nationale Recht nicht mehr stark genug sind, um dagegezuhalten?

LIMBACH Wenn wir trotz der supranationalen Gebilde wie der Europäischen Union oder der Tendenz zur Globalisierung auch im Politischen wieder mehr national denken, dann liegt es an der schlichten Erkenntnis, dass es nach wie vor der Nationalstaat ist, der als Sozialstaat in die Pflicht genommen werden kann. Wohl schrammt dieser an den Grenzen seines Leistungsvermögens entlang, weil er der Landflucht der zunehmend multinational organisierten Unternehmen nicht mehr Herr werden kann. Gewiss bedürfen auch diese sozialstaatlichen Fragen grenzüberschreitender Antworten, was heißen könnte, zunächst im Rahmen der EU dafür zu sorgen, dass die Menschen in den Mitgliedstaaten ein würdiges Dasein führen können. Die Frage des Wie ist die künftige Kardinalfrage der EU.

Ist hier die Arbeiterwohlfahrt, eventuell im Verbund mit der SPD, gefordert, um auf die zuvor skizzierten Verhältnisse deutlicher hinzuweisen?

LIMBACH Da kann ich nur frei heraus »Ja« sagen. Früher gab es eine engere Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterwohlfahrt, der SPD und sogar den Gewerkschaften. Im Krisenwinter 1930/31 etwa haben seinerzeit die drei Institutionen zusammengewirkt, um die Nöte der Kinder zu lindern. Man hat damals vorzugsweise das Augenmerk auf die Kinder und die Jugendlichen gelegt, weil diese immer die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft sind. Heute würden wir noch die alleinerziehenden Mütter nennen.

Zu Beginn sagten Sie, dass politische Freiheitsrechte und soziale Teilhaberechte einander bedingen. Immer noch sind jedoch die soziale Herkunft und der Migrationshintergrund dafür verantwortlich, wie jemand sein späteres Leben gestalten kann oder auch nicht. Wie können wir diesen Missstand beheben, um weitestgehende Teilhabe zu ermöglichen?

LIMBACH Hier liegt das genuine Handlungsfeld der Arbeiterwohlfahrt. Darauf hat schon Marie Juchacz

Jutta Limbach

geboren 1934, Professorin a.D. am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin. 1989 – 1994 Senatorin für Justiz des Landes Berlin; bis 2002 Richterin und Vizepräsidentin, ab 1994 Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts; 2002 – 2008 ehrenamtliche Präsidentin des Goethe-Instituts; seit 2009 Mitglied und ehrenamtliche Vorsitzende des Medienrats Berlin Brandenburg. Sie ist Inhaberin der Marie-Juchacz-Plakette, der höchsten Auszeichnung der AWO.



Wir sind fachlich kompetent, innovativ, verlässlich und sichern dies durch unsere ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

hingewiesen: Es gehe nicht nur darum, soziale Notstände zu vermeiden oder zu lindern. Vielmehr müsse man durch Erziehungs- und Schulungsarbeit den Kopf der Menschen zu erreichen suchen. Gemeint ist, dass Chancengleichheit durch Bildung zu gewährleisten ist. Hier muss schon in frühen Kindheitstagen an Bildungsmöglichkeiten wie Kindergärten und Vorschulen gedacht werden. Es geht nicht allein um die Kinder der Zugewanderten, sondern um alle diejenigen, die aus bildungsfernen und bedürftigen Verhältnissen stammen.

Die Problembeschreibung ist seit mindestens zwei Jahrzehnten bekannt. Warum wird trotz alledem für die Bildungsfrage immer noch zu wenig Geld bereitgestellt?

LIMBACH Man müsste deutlicher machen, dass das Recht auf Bildung ein Menschenrecht ist, das sich jedem Nützlichkeitsdenken versagt. Aber heute machen Politik und Wirtschaft im Grunde nur wegen des drohenden Mangels an Fachkräften auf Bildungsdefizite aufmerksam. Da sind Arbeiterwohlfaht und Sozialdemokraten herausgefordert, noch stärker als bisher darauf zu bestehen, dass Bildung ein Menschenrecht ist, das nicht der Wirtschaft dient oder sich sonstigen Nützlichkeitsabwägungen verdankt.

Glauben Sie, dass die beschriebene Dominanz der Ökonomie mittelfristig Auswirkungen auf das Zutrauen der Menschen in politisch Handelnde hat?

LIMBACH Schon heute zweifeln die Menschen am Primat der Politik und ihrer Leistungsfähigkeit.

Dann ist schon jetzt ein Demokratieverdruss festzustellen?

LIMBACH In der Tat. Die Hoffnung schwindet zusehends, dass sich in der Demokratie die gegenwärtigen Probleme lösen lassen. So manch einer glaubt,

dass sich diese Staatsform erschöpft habe und wir zu autoritären Staatsformen Zuflucht nehmen müssen. Wir sollten den Bürgern ehrlich sagen, dass die Demokratie tatsächlich ein riskantes und offenes Projekt ist und es jetzt auf unser aller Fähigkeit ankommt, diese Staatsform weiterzuentwickeln. Gegenwärtig glauben viele, die direkte Demokratie sei die Lösung. Meines Erachtens ist das nur begrenzt der Fall. Ich bin zwar der Meinung, dass die Bürger viel häufiger die Möglichkeit erhalten sollten, zu sagen, was sie denken und meinen. Aber letztlich sollten die gewählten Politiker entscheiden; denn diese vermögen weit mehr als andere zwischen dem zu unterscheiden, was das Privatgeschöpf interessiert und was im Sinne des Gemeinwohls vorzugswürdig ist. Ich schätze das repräsentative System über alles. Aber überlegt werden muss in der Tat, wie sich eine Brücke von den Bürgern zum Parlament bauen lässt und mit welchen Verfahren die Bürger das Parlament herausfordern können.

In den Debatten um parlamentarische oder direkte Demokratie wird immer auf die Potenziale der Zivilgesellschaft hingewiesen und zugleich erwartet, dass aus der Zivilgesellschaft mehr kommen müsse. Was könnte damit gemeint sein?

LIMBACH Ich meine, dass gerade in letzter Zeit aus der Zivilgesellschaft eine Fülle von Problemanzeigen gekommen ist. Denken Sie an Stuttgart 21 oder hier in Berlin an den Kampf gegen den Fluglärm. Die Occupy-Bewegung wächst und wächst selbst in Deutschland. Was fehlt, ist angesichts der mehr oder minder spontanen Aktionen eine Umsetzung in Kampagnen, die die Politik herausfordern. Referenden sind eine der Möglichkeiten. Aber auch die AWO könnte sich mehr Gedanken darüber machen, wie man die Impulse aus der Zivilgesellschaft verstärken kann, damit sie inhaltlich und politisch mehr Gewicht bekommen.

Die AWO ist ja auch ein zivilgesellschaftlicher Akteur. Wo würden Sie ihre Aufgabe dabei sehen?

LIMBACH Zum einen muss sie handlungsbereiten Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit für eine sinnvolle ehrenamtliche Tätigkeit geben. Zum anderen muss sie sich auch politischer Themen annehmen und Diskussionsforen eröffnen. So könnte man aktuell etwa den Mindestlohn diskutieren oder hinterfragen, ob das Betreuungsgeld eine sinnvolle staatliche Leistung ist. Aufgabe der AWO sollte es sein, Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen und diesen eine Gestalt, ein Forum zu geben versuchen.

Abschließende Frage: Ist Ihnen bang um die Zukunft der AWO?

LIMBACH Nein! Die AWO muss sich – ähnlich wie andere Institutionen unserer Gesellschaft – immer wieder neuen Herausforderungen stellen. Sie muss ihrer Grundidee treu bleiben, dass sie nicht nur wirtschaftliche Notstände zu beseitigen oder zu lindern hat. Sie ist auch mitverantwortlich für die in unserer Gesellschaft gepflegte politische Kultur. Marie Juchacz hat bei der Beschreibung der Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt beide Elemente gleichermaßen betont: Die AWO solle nicht nur soziale Notstände verhüten, sondern durch ihre Erziehungs- und Schulungsarbeit im staatsbürgerlichen, demokratischen Sinne wirken. Das bedeutet, dass die Organe der AWO auch politische Fantasie entwickeln und immer wieder neue

Felder finden müssen, wo sie kraft ihres Selbstverständnisses andere Möglichkeiten des Beistands haben als ein einfacher Bürger oder eine einfache Bürgerin. Mitunter drängt sich – von außen betrachtet – der Eindruck auf, als handele es sich um eine in die Jahre gekommene, eine »etwas verstaubte« Organisation. Das ist aber häufig eine Frage der Selbstdarstellung. Selbst von einer wohlthätigen Organisation wie der AWO wird heute professionelles Auftreten und Medientauglichkeit erwartet. Die AWO muss sich selbstbewusst ins rechte Licht setzen und auf ihre Leistungen stolz verweisen. Frei nach dem Motto, dass auch eine in der Wohlfahrt tätige Organisation ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen sollte. ♡

AWO ehrt Jutta Limbach

Im Beisein namhafter Gäste aus Politik und Gesellschaft verlieh die AWO am 8. November 2011 der ehemaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Jutta Limbach den Heinrich-Albertz-Friedenspreis.

Autor Peter KuleBa

HEINRICH-ALBERTZ-FRIEDENSPREIS

Mit dem Heinrich-Albertz-Friedenspreis ehrt die AWO seit 1999 Persönlichkeiten, die Solidarität und soziale Verantwortung in den Mittelpunkt ihres Lebens und Wirkens stellen und die sich um die Ausgestaltung der AWO-Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und um den inneren und äußeren Frieden in besonderer Weise verdient gemacht haben.

Bisherige Preisträger

1999 Johannes Rau 2001 Paul Spiegel

2005 Gerhard Schröder 2008 Hans-Jochen Vogel

AWO Präsident Wilhelm Schmidt empfand »eine tiefe Ehre, dass wir Jutta Limbach als eine der großen Demokratinnen in diesem Lande ehren dürfen, die sich besonders durch ihre unermüdliche Bereitschaft, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, auszeichnet«. Jutta Limbach setzte sich dabei stets und vor allem

in ihren früheren Positionen als Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und als Präsidentin des Goethe-Instituts für das Recht, für die demokratischen Grundwerte und für die Gleichberechtigung von Frauen ein.

In seiner Laudatio betonte der vorangegangene Preisträger Hans-Jochen Vogel unter anderem, dass Jutta Limbach »die mit ihren Positionen in der öffentlichen Verantwortung verbundenen Machtbefugnisse nicht zur Stärkung des eigenen Egos, sondern stets für die Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Mitmenschen nutzte.«

Die Preisträgerin war sichtlich gerührt und erinnerte daran, dass der Namensgeber des Preises »unter Politik die Aufgabe verstand, die Mühsal der menschlichen Existenz zu erleichtern«. Deshalb könne die Arbeiterwohlfahrt zu Recht stolz sein, dass Heinrich Albertz von 1949 bis 1965 auch ihr Bundesvorsitzender war. ♡



Oben: AWO Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler, Bundesministerin a.D. Ulla Schmidt, Bundesminister a.D. Hans-Jochen Vogel (hinten), Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts i.R. Jutta Limbach, Bundesminister a.D. Franz Müntefering, Bundesverfassungsrichter i.R. Bertold Sommer, AWO Präsident Wilhelm Schmidt (v.l.n.r.).

Mitte: Wolfgang Stadler (l.), Hans-Jochen Vogel (z.v.l.) und Wilhelm Schmidt (r.) gratulieren Jutta Limbach.

Unten: Jutta Limbach dankt Hans-Jochen Vogel für seine Laudatio.